

ÖKUMENISCHEN FRIEDENSKONVOKATION

Mit einem Aufruf an alle Christen und Kirchen, Frieden in Gerechtigkeit herzustellen, ist am 25. Mai 2011 die Internationale ökumenische Friedenskonvokation (IöFK) des Ökumenischen Rates der Kirchen in Kingston, Jamaica, zu Ende gegangen. Die Mitgliedskirchen des ÖRK und andere Christen und Christinnen seien «wie nie zuvor vereint in ihren Bestrebungen, Mittel und Wege zu finden, um gegen Gewalt vorzugehen und Krieg zur Herstellung eines ›gerechten Friedens‹ abzulehnen», heisst es im Abschlussdokument der Versammlung.

Resultate der Dekade

Die «Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt» wurde inspiriert durch die vorangehend zum Abschluss gekommene «Ökumenische Dekade der Kirchen in Solidarität mit Frauen», in der die Gewalt gegen Frauen eine kritische Beachtung fand. Sie endete mit einem Aufruf an die Kirchen des ÖRK, sowohl von einer Solidarität mit Frauen wegzukommen, hin auf eine Rechenschaftspflicht (von Kirchen) über Gewalt in all ihren Formen, sei sie religiös, strukturell, physisch, sexuell, spirituell oder militärisch, als auch die Kultur der Gewalt zu beenden, die das Leben und die Würde so vieler Frauen schädigt. Diese Dekade brachte die Verzweigungen und Tiefe der Gewaltkultur ans Licht, denn Gewalt hat vielfältige und komplexe Ursachen und die Kirchen tun recht daran, ihre eigene Verwicklung darin anzuerkennen. Für den deutschen Delegierten und Vertreter der Mennoniten und Friedenskirchen, Fernando Enns, ist in der ökumenischen Debatte durch die Dekade vor allem eine Weitung der Perspektiven erreicht worden: Friedensethik beschränke sich nicht auf die verengte Frage nach Krieg und dem Einsatz von Militär. Zum Aufbau von «Kulturen des Friedens» müssten auch häusliche Gewalt, die Gewaltverherrlichung in den Medien oder ökonomische Ungerechtigkeiten sehr kritisch begleitet werden. Das sei für viele Kirchen neu gewesen. Schliesslich, so Enns, sei durch diese Weitung der Perspektiven «die Suche nach kreativen gewaltfreien Präventions-, Konfliktlösungs-, und Heilungswegen» motiviert worden.

Was ist ein gerechter Friede?

Eine der am weitesten gehenden Erklärungen zum Thema seit der Gründung des ÖRK 1948 formuliert die 6. Vollversammlung 1983 in Vancouver: Friede ist nicht nur Abwesenheit von Krieg. Friede erfordert eine neue internationale Ordnung auf der Basis von Gerechtigkeit für und innerhalb der Nationen sowie Respekt für die gottgegebene Menschlichkeit und Würde jeder Person. Friede ist die Wirkung von Gerechtigkeit. Ebenfalls in Vancouver, als Antwort auf die zunehmende Bedrohung des Überlebens und die

nukleare Aufrüstung, initiierte die Vollversammlung den konziliaren Prozess für «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (GFS)», der nicht zuletzt eine eigene Dynamik bei der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa entfaltete und insbesondere in der DDR zu einem neuen Selbstvertrauen der Christen und Kirchen beitrug.

Der «konziliare Prozess» mündete formell in die ÖRK-Konvokation in Seoul 1990, die erklärte: «Wir bekräftigen die volle Bedeutung von Gottes Frieden. Wir sind berufen, jedes mögliche Mittel zu suchen, Gerechtigkeit und Frieden herzustellen und Konflikte durch aktive Gewaltfreiheit zu lösen.» Es gelte, allen Doktrinen und Systemen von Sicherheit zu widerstehen, die auf dem Gebrauch von und der Abschreckung durch Massenvernichtungswaffen, auf militärischen Invasionen, Interventionen und Besetzungen basierten. Das Konzept eines gerechten Friedens, das erklärermassen die traditionelle Vorstellung vom «gerechten Krieg» überwinden wollte, spielte von da an in kirchlichen Stellungnahmen eine immer wichtigere Rolle. Angesichts neuer Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges wie neuer Kriege und dem Zerfall von Staaten (etwa Somalia) beschloss der ÖRK-Zentralausschuss 1994 in Johannesburg ein Programm zur Überwindung von Gewalt. Ziel war es, «die globale Kultur der Gewalt herauszufordern und in eine Kultur gerechten Friedens zu verwandeln». Die 8. ÖRK-Vollversammlung in Harare rief dann 1998 zur «Dekade zur Überwindung von Gewalt» auf. Die 9. Vollversammlung von Porto Alegre 2006 erliess zur Halbzeit der Dekade einen Aufruf zur Verpflichtung mit den Worten: «Die Achtung der Menschenwürde, die Sorge um das Wohl des Nächsten und die aktive Förderung des Gemeinwohls sind Gebote des Evangeliums Jesu Christi (...). Daher sind Menschenrechte die grundlegenden Elemente der Prävention von Gewalt auf allen Ebenen – der individuellen, der zwischenmenschlichen wie der gemeinschaftlichen.» Die Vollversammlung regte den Zentralausschuss zu einem Studienprozess an, der alle Mitgliedskirchen und ökumenischen Organisationen einbeziehen sollte, um eine ausführliche ökumenische Erklärung für Frieden auszuarbeiten, die fest verankert in einer verbindlichen Theologie sei. Diese Empfehlung ist nun ausgeführt worden mit dem «Ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden ›Richte unsere Schritte auf den Weg des Friedens‹ (Luk 1,79)», unter Berücksichtigung der Auswertung von gewonnenen Einsichten aus der Dekade. Die zentrale Vision des «gerechten Friedens» wird darin als ein Wegkonzept verstanden, als ein gemeinsamer Weg und Prozess. Der Aufruf wird 2013 an der 10. ÖRK-Vollversammlung in Busan, Südkorea, zur abschliessenden Annahme kommen. Ein

ÖKUMENE

Die evangelisch-reformierte Theologin und Pfarrerin Esther R. Suter berichtet regelmässig als Fachjournalistin in verschiedenen kirchlichen und säkularen Medien über aktuelle christliche Veranstaltungen.

Die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, die Fachstelle Kirche+Jugend des Reformierten Stadtverbandes Zürich und die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers boten an der Friedenskonvokation in Kingston die Workshops «Sans-Papiers» und «Suizidprophylaxe und -postvention» an. Das Schicksal der Menschen, die ohne gültige Papiere unter uns leben und arbeiten, geht uns etwas an, wenn wir «Stimme der Stummen» sein wollen. In westlichen Ländern (und vermehrt auch im Süden) ist Suizid die häufigste Todesursache bei Männern unter 40. Die Kirchen können mithelfen, dass dieses Thema mehr Beachtung findet. Weiterführende Links: www.nebelmeer.net www.sans-papiers.ch www.sans-papiers-contact.ch www.refbejusoch/gewaltueberwinden

Konsens soll erreicht werden zur Anerkennung von Frieden als einem Menschenrecht zur Empfehlung an die Mitgliedskirchen.

Gerechter Friede oder gerechter Krieg?

Im Zentrum des einwöchigen Treffens stand der Begriff «gerechter Friede». In den Zeugnissen aus den verschiedenen Weltregionen kamen dabei durchaus unterschiedliche Ansichten, Zugänge und auch kritische Stimmen zu Wort, die alle Ausdruck der Vielfalt wie auch eines gemeinsamen Weges sind. In einer vehementen und kompromisslosen Grundsatzrede plädierte der anglikanische Domkapitular an der Kathedrale von Coventry, Quäker und Friedensaktivist Paul Oestreicher unter dem Titel «Eine neue Welt ist möglich» für die Notwendigkeit eines «gerechten Friedens» und eines bedingungslosen Neins zum Krieg. Er zeigte sich zutiefst überzeugt, dass die Abschaffung des Krieges möglich sei, ebenso wie die erfolgreiche Abschaffung der Sklaverei – zum Beispiel in Jamaica. Einen deutlich anderen Akzent setzte der Aussenamtsleiter des Moskauer Patriarchats der russischen orthodoxen Kirche, Metropolit Hilarion von Volokolamsk. Er betonte, dass Friede ein Geschenk Gottes sei, das «von oben» den Menschen gegeben werde, die ihre Sünden bereut hätten. Die Welt, wie sie sei, könne nicht aus sich heraus Frieden schaffen. Gleich, welches Friedenskonzept sie verfolge, weil das Böse ein «integrales Bestandteil» ihrer selbst sei. «Internationale Urkunden» würden mit klaren Worten feststellen, «dass militärisches Eingreifen die «ultima ratio» darstellt, das letzte Mittel, um das Böse einzudämmen». Da gehen selbst orthodoxe Meinungen auseinander. Der abwesende Ökumenische Patriarch Bartholomaios von Konstantinopel übermittelte seine Botschaft. Darin hiess es: «Wenn wir Frieden stiften wollen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Wirkung unseres Verhaltens und Tuns auf andere Menschen (insbesondere die Armen) und auch auf die Umwelt erkennen», das sei der Grund, weshalb es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben könne. Erzbischof Nareg Amezian als Ökumenischer Beauftragter des Katholikos von Kilikien (Libanon) vertrat die Position der armenisch-apostolisch-orthodoxen Kirche: Die Geschichte ihrer Kirche, vor allem im 20. Jahrhundert, beschreiben die Armenier als Martyriologie und als Zeugnis für Christus. Das Konzept eines gerechten Friedens sei umso wertvoller für ihre Kirche, als die Armenier unter den Konsequenzen des Genozids von 1915 am armenischen Volk durch die Türken gelitten hätten. Seine Kirche, so der Erzbischof, widersetze sich jeder Form von Gewalt, weil die Armenier keine Wiederholung eines solchen Genozids wollten, weder an einem Land, einer Nation, noch an einer Kirche oder einer Synagoge. Darin sei ihre Solidarität mit Marginalisierten und Opfern begründet. Wichtig ist den Armeniern eine Anerkennung ihres eigenen Schicksals.

Eine Verurteilung der Türken und die Anerkennung des Genozids durch die Weltgemeinschaft der Kirchen und humanitären Organisationen könne dazu beitragen, andere Genozide zu vermeiden. Für Nareg geht es hier konkret um eine Frage von Gerechtigkeit. Die koptisch-orthodoxe Position brachten Erzbischof Daniel von Sydney und weiteren Regionen sowie Fr. Basilios S. R. Hanna von Kairo ein. Gerechter Friede bedeutet für sie, dass ihre Kirche Gerechtigkeit unterstützt, wie es der koptische Papst Shenouda III. vielfach beschrieben habe. Zentral sei dabei das Wort Jesu: «Selig sind, die Frieden stiften.» Die Angehörigen der koptisch-orthodoxen Kirche verzichten auf Rache an ihren Feinden, weil sie davon überzeugt seien, dass sie mit allen Menschen in Frieden leben sollten. Eine solche Haltung verlange von Kirchenleitenden eine hohe Verantwortung. In der jetzigen schwierigen Zwischenzeit in Ägypten sei dies eine grosse Herausforderung für ihre Kirche. Deshalb brauchten sie die Solidarität der weltweiten Christenheit.

Schlussbotschaft

Die Schlussbotschaft von Kingston fand in ihrer Endfassung eine für alle akzeptable Formulierung und die Zustimmung der Delegierten. Für einige ging sie allerdings nicht weit genug und blieb hinter dem 42 Punkte umfassenden «Aufruf für einen gerechten Frieden» zurück. So äusserten sich etwa koreanische Teilnehmer. Auch Paul Oestreicher kritisierte, dass im Abschnitt «Friede in der Wirtschaft» die Aussagen hinter andern ökumenischen Dokumenten zurückstünden. Im Gespräch fügte er hinzu, er teile auch nicht die Ansicht von Kjell Magne Bondevig, Moderator der kirchlichen Kommission für internationale Angelegenheit des ÖRK und früherer Premierminister von Norwegen, dass der Zweite Weltkrieg ein «gerechter Krieg» gewesen sei, um eine gerechte Welt zu schaffen. «Im Schlusssdokument war das Beste, dass wir dabei sind, uns von der Lehre des gerechten Krieges zu verabschieden.» Insgesamt ein positives Fazit zog der EKD-Auslandbischof Martin Schindehütte. Die IöFK habe «beeindruckend gezeigt, wie die gegenseitige Wahrnehmung des Engagements der Kirchen weltweit sich verbessert hat und wie sehr wir uns gegenseitig bestärken». Das Treffen sei eine gegenseitige Verstärkung des ökumenischen Engagements der Kirchen für einen «gerechten Frieden» gewesen. ÖRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit gab zum Abschluss seiner Zufriedenheit Ausdruck. Er sei stolz über die IöFK-Teilnehmenden. Für den Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses, Fernando Enns, geht die Arbeit der IöFK jetzt richtig los: «Die Kirche soll nicht zu den gesellschaftlichen Randgruppen sprechen, die Kirche ist dort, wo die Randgruppen sind. Die Kirche nimmt entweder den Aufruf zum gerechten Frieden an oder aber sie ist nicht die Kirche.»

Esther R. Suter